

Industrierausschuss der IHK Ostwürttemberg

Positionspapier: Gasmangellage und Versorgungssicherheit

1. Die Unternehmen in der Region sind bereit, ihren Teil zur raschen Energieeinsparung zu leisten – allein schon getrieben durch die exorbitanten Preissteigerungen. Dazu zählen Einsparungen in den Produktionsprozessen ebenso wie das Absenken von Raumtemperaturen sowie ein mögliches Umstellen auf alternative oder klassische Energieträger weg vom Gas.
2. Den Unternehmen ist jedoch wichtig, dass die Folgen einer Minderversorgung auf die wirtschaftlichen Abläufe sowohl in den Betrieben wie bei den Wertschöpfungsketten umfassend in die Entscheidungsfindung über eine Notfallversorgung einfließen.
3. In den vergangenen Wochen wurde deutlich, dass wir uns als Volkswirtschaft in einem Wirtschaftskrieg befinden.
4. Verschiedene Szenarien bezüglich der Versorgungssicherheit mit Gas sind aus unserer Sicht möglich. Ein Szenario, bei dem es zu einer Gasmangellage kommt, scheint uns derzeit am wahrscheinlichsten, zumindest als möglich, und muss sofort in den Überlegungen für ein zielgerichtetes Handeln in Betracht gezogen werden. Hinzu kommt, dass in Süddeutschland die Situation verschärft ist durch die große Distanz zu den Gasspeichern, auf die ja im Notfall bei der Versorgung zurückgegriffen werden muss.
5. Aus Sicht der IHK Ostwürttemberg sowie ihrer Industrieunternehmen ist es unerlässlich, dass jetzt sofort Privathaushalte einen wesentlichen Beitrag zum Bewältigen der Verknappung leisten müssen. Denn industrielle Produktion folgt keinem Selbstzweck, sondern ist notwendig, um die komplexen Versorgungs-, Liefer- und Wertschöpfungsketten in unserem Land und in Europa aufrecht zu erhalten – vor allem, um die Versorgung der Bevölkerung langfristig zu sichern. Es gilt aus unserer Sicht mit allen Mitteln zu verhindern, dass diese Kreisläufe zusammenbrechen.
6. Voraussichtlich im Januar 2023 müssen Firmen bei diesem Szenario ohne russischem Gas als sogenannte „nicht geschützte Kunden“ abgeschaltet werden. Selbst wenn die Gasspeicher voll gefüllt sind, reichen diese Vorräte nur für zehn bis zwölf Wochen. Die betroffenen Betriebe benötigen dringend eine individuell ausreichend bemessene Vorlaufzeit – auch um Schäden an den Produktionsanlagen zu verhindern. Die verbleibende Zeit bis in die Wintermonate muss zur Erstellung konkreter Pläne genutzt werden. Eine indikative Information über mögliche Zeitfenster sowie indikative Informationen zur Priorisierung bei Abschaltung oder für die Region Ostwürttemberg auch durch

Gasdruckprobleme implizierte Minderlieferungen - und dies Monate vor einer möglichen Abschaltung/Minderlieferung - werden als verantwortungsvolle, dem gemeinsamen Interesse eines guten Krisenmanagements dienende und notwendige Maßnahme gefordert.

7. Die Abschaltung dieser Betriebe in einer Gasmangellage wird einen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen, welcher wesentlich größer sein wird, als in den vergangenen Krisen (beispielsweise der Finanzkrise nach Lehman-Brother-Zusammenbruch). Unsere Volkswirtschaft wird dann in eine starke Rezession abrutschen.

Vor dem Hintergrund der oben genannten Forderungen und Appelle möchten wir anmerken, dass die Bundesregierung bezogen auf das Krisenmanagement in den vergangenen Monaten seit der Verschärfung der weltwirtschaftlichen Begebenheiten durch den Angriffskrieg auf die Ukraine durch Russland aus unserer Sicht besonnen und zielgerichtet gehandelt hat. Strukturelle Probleme müssen neben dem Krisenmanagement und den kurzfristigen Maßnahmen jedoch ebenfalls mit voller Kraft angegangen werden, um das gesamte Land aus der derzeitigen Krisensituation zu führen.

Die Industrie bekennt sich zu ihrer Verantwortung in diesem Prozess. Ihre Belange müssen Gehör bei den anstehenden Entscheidungsprozessen finden. Bitte helfen Sie mit, dass die Positionen der Wirtschaft sowie die Zusammenhänge von industrieller Produktion bei den Entscheidungen Berücksichtigung finden. Gemeinsam werden dann sicherlich verantwortungsvolle Lösungswege gefunden.

Heidenheim, im Juli 2022